

# Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

[www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de](http://www.buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie.de)

Ausgabe September 2014

**Hinweis:** Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausclick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) und den [Haftungsausschluss](#) finden Sie auf unserer Homepage.

Eine [Anmerkung](#) zu den Bürgerbriefen, die vor Anfang 2017 erschienen sind, ist am Ende des Bürgerbriefes zu finden.

**Einladung:** Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: [buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de](mailto:buergerbrief-fuer-frieden-und-demokratie@online.de) (Betr.: "BB-Artikelvorschlag").

Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion, 2016-11-17

## Inhalt dieser Ausgabe

- **Ulrich Schneider: 'Mehr Mensch - Gegen die Ökonomisierung des Sozialen**
- **Lori Wallach: TAFTA / TTIP - die große Unterwerfung**
- **Birgit Mahnkopf: Handelspolitik gegen politische Freiheit**
- **Jörg Haas: TTIP-Abkommen mit USA nimmt Kommunen und Bundesländer in Würgegriff**
- **Verschiedene Autoren: CETA: Eine Investoren-Waffe gegen die Demokratie**
- **Klaus Fischer: Indien rettet die Welt**
- **Fritz Glunck: Das CETA-Abkommen mit Kanada ist rechtswidrig**
- **Markus Diem Meier: Die Lektion des Paul Volcker**
- **Dt.-Wirtschafts-Nachrichten: Start in Frankfurt: Bank of China bläst zum Angriff auf den Dollar**
- **Axel Hartmann: Klage gegen EZB-Bankenaufsicht: "Bundestag im Tiefschlaf"**
- **Harald Schumann: Die Geretteten**
- **Ifo-Institut: Der Haftungspegel – die Rettungsmaßnahmen für die Euroländer und die deutsche Haftungssumme**

**Zitat des Monats** von [Erich Kästner](#):

**An allem Unfug, der passiert,  
sind nicht etwa nur die schuld, die ihn tun,  
sondern auch die, die ihn nicht verhindern.**

- Ulrich Schneider: **'Mehr Mensch - Gegen die Ökonomisierung des Sozialen'**

Beginnend mit der Wohlfahrtsbewegung des späten 19. Jahrhunderts führt Schneider den Leser seines Buches über die Professionalisierung der Wohltätigkeit bis zu den Anfängen der zunehmenden Ökonomisierung sozialer Einrichtungen. Maßgeblich für das „neoliberale Wirtschaftsdenken“ in diesem Bereich ist der Wertewandel unserer utilitaristischen Gesellschaft, die in jedem Menschen nur das Potential für Wirtschaftswachstum und Nützlichkeit sieht. ... [So wird der Mensch zum „Humankapital“ und der „Mehrwert“ zum wichtigsten Wert](#). Über diese scharfsichtigen Analysen entlarvt Ulrich Schneider das Sozialsystem als wenig erfolgreich und längst nicht mehr hilfreich oder wohltätig. ... Solange Kindergärten, Krankenhäuser, Pflegeheime und alle soziale Einrichtungen nur auf Ökonomie ausgerichtet sind, bleibt der Mensch auf der Strecke.

Ergänzend dazu ein [Interview von R. Jellen mit dem Autor Ulrich Schneider](#), dem Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes.

[Inhalt](#) ↑

- Lori Wallach: **TAFTA / TTIP - die große Unterwerfung**

Politiker von Berlin bis Brüssel reden über das, was in dem angestrebten Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP stehen soll, reden sie nicht so gern. Die Politiker beider Seiten, die das Projekt betreiben, räumen auch ohne weiteres ein, dass es nicht in erster Linie um Zollsenkungen geht, sondern vielmehr um "die Beseitigung, Reduzierung oder Verhinderung unnötiger, nicht tarifärer Handelshemmnisse" - womit gesetzliche Auflagen für Finanzgeschäfte, Klimaschutzmaßnahmen, Standards der Lebensmittel- und Produktsicherheit gemeint sind.

Diese angestrebte "Harmonisierung" orientiert sich an den Interessen der Konzerne und Investoren. Werden deren Standards nicht erfüllt, können zeitlich unbegrenzte Handelssanktionen verhängt werden. Oder es werden gigantische Entschädigungen für die Unternehmen fällig. Die Vorteile, die das Abkommen den Unternehmen bieten würde, wären bindend, dauerhaft und praktisch irreversibel, weil jede einzelne Bestimmung nur mit Zustimmung sämtlicher Unterzeichnerstaaten geändert werden kann. Die global operierenden US-Konzerne streben ein ähnliches Partnerschaftsabkommen für den pazifischen Raum an.

Nach Einschätzung von Lori Wallach, Leiterin die weltweit größte Verbraucherschutzorganisation 'Public Citizen's Global Trade Watch' in Washington, D.C., wird [die große Unterwerfung Europas vorbereitet](#), bei der die über nationalem Recht stehenden Schiedsgerichte das wichtigste Instrument sind.

[Inhalt](#) ↑

- Birgit Mahnkopf: **Handelspolitik gegen politische Freiheit**

Es geht bei TTIP und Co. nicht um Investitionssicherheit. Es geht eher darum, durch die Androhung von millionenschweren Entschädigungszahlungen Regierungen langfristig daran zu hindern, von ihrer demokratischen Freiheit Gebrauch zu machen – um beispielsweise bestimmte Sektoren der Wirtschaft unter öffentliche Kontrolle zu stellen oder um bereits eingeleitete Privatisierungsmaßnahmen wieder rückgängig zu machen. [TTIP und Co. sollen dafür sorgen, dass jede „sozial-ökologische Wende“ auch in Zukunft ausgeschlossen bleibt](#).

[Inhalt](#) ↑

- Jörg Haas: **TTIP-Abkommen mit USA nimmt Kommunen und Bundesländer in Würgegriff**

Durch TTIP werden [Bundesländer und Kommunen werden in ihrem politischen Handlungsspielraum erheblich eingeschränkt](#), wenn dieses Handels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA in Kraft tritt. Das zeigt eine aktuelle Studie des Handelsexperten Thomas Fritz für die Aktivistenbewegung 'Campact'. Die Studie stützt sich auf durchgesickerte TTIP-Dokumente, darunter das Verhandlungsmandat der EU-Kommission sowie Textentwürfe verschiedener Kapitel des Abkommens. Zudem wurde der bereits fertig verhandelte Text des EU-Kanada-Abkommens CETA herangezogen, das als Blaupause für TTIP gilt.

[Inhalt](#) ↑

- **Verschiedene Autoren: CETA: Eine Investoren-Waffe gegen die Demokratie**

Die Tageschau hat das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen (Comprehensive Economic and Trade Agreement) CETA geleakt. (Siehe [hier \[PDF - 1.9 MB\]](#)). Der Blog 'heise' legt eine [redaktionelle Auswertung des geleakten CETA-Vertragstextes](#) vor.

Es drohen milliardenschwere Konzernklagen gegen unsere Gesetze, wenn CETA in Kraft tritt: Welch gefährlicher Zündstoff sich in Regeln zum „Investitionsschutz“ verbirgt, erschließt sich Nicht-Fachleuten nur schwer. Der Handels- und Investitionsexperte [Peter Fuchs \(Power Shift e. V.\) hat den Vertragstext genau unter die Lupe genommen](#). Seine Analyse (Teil 1) 'Campact' hat dokumentiert.

Maude Barlow, die kanadische Trägerin des Alternativen Nobelpreises, sagt zu dem geleakten Text von CETA: „Er [beseitigt, was an demokratischer Regierungsführung noch übrig ist.](#)“ Tief besorgt bittet sie Europa, das Abkommen abzulehnen. Die Kanadierin spricht aus bitterer Erfahrung: Vor 20 Jahren schloss Kanada mit den USA und Mexiko das Nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA ab. CETA werde für Europa ähnlich negative Konsequenzen haben wie NAFTA für die Kanadier, warnt Maude Barlow, die weltweit für ihren Einsatz für das Grundrecht auf Wasser bekannt wurde.

[Inhalt](#) ↑

- **Klaus Fischer: Indien rettet die Welt**

Mit dem Abkommen von »Bali« sollte der Kommerz überall auf der Welt zu gleichen Regeln und unter Androhung gleicher Sanktionen stattfinden können. Zölle, Aus- und Einfuhrbeschränkungen oder gar Subventionen sollten ausgemerzt werden. Das [Abkommen von »Bali« ist gescheitert](#), weil sich Indien nicht damit einverstanden war, dass seine Unterstützung der Armen als Subvention eingestuft wurde und spätestens 2017 beendet werden sollte.

Um den armen Menschen wenigstens die tägliche Mahlzeit zu sichern und gleichzeitig die meist kleinteilige Landwirtschaft zu stabilisieren, kauft Neu-Delhi jedes Jahr große Mengen Reis von einheimischen Bauern. Diesen gab und gibt sie verbilligt an Arme.

Der US-Handelsbeauftragte reagierte verstört. Die Armen Indiens und anderswo können aufatmen.

[Inhalt](#) ↑

- **Fritz Glunck: Das CETA-Abkommen mit Kanada ist rechtswidrig**

Die 1'500 Seiten des Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA) liegen vor, Ende September wollen die Vertragspartner sie in Ottawa unterschreiben. Was sie dort unterschreiben, gibt Anlass zu der Frage, [ob die EU-Kommission zu den Verhandlungen bestimmter Kapitel des Abkommens überhaupt befugt](#) war.

Die EU kann zwar über eine gemeinsame Handelspolitik bestimmen, wie z.B. über ausländische Direktinvestitionen. Aber bei Portfolioinvestitionen hat die EU kein Bestimmungsrecht. Auch eine Einflussnahme auf die Besteuerung steht der EU nicht zu. CETA jedoch beschäftigt sich ausdrücklich mit Portfolioinvestitionen und Besteuerung. Da die Regierung dies nicht beanstandet, bleibt dann nur noch die Möglichkeit der Verfassungsbeschwerde, und zwar jeder und jedem Deutschen.

[Inhalt](#) ↑

- **Markus Diem Meier: Die Lektion des Paul Volcker**

Mitte August 2014 haben sich in Lindau die Nobelpreisträger der Wirtschaftswissenschaften versammelt. Neben spannenden Vorträgen und Debatten bot der Anlass auch einen [Spiegel der ökonomischen Dogmengeschichte](#). Beispiele dafür sind die Vorlesungen von Edward Prescott und von Peter Diamond. Beide haben daran erinnert, wie sehr sich die dominierenden Ansichten zur Konjunkturpolitik, und insbesondere zur Geldpolitik seit den letzten zwanzig Jahren geändert haben. Und sie haben an die Rolle von Paul Volcker zu seiner Zeit als Chef der US-Notenbank erinnert, der durch seine Geldpolitik bereits widerlegt hat, dass diese gänzlich wirkungslos sei. Volcker hatte mit dem radikal erhöhtem Leitzins die Konjunktur abgebremst und den Preisdruck gebrochen.

[Inhalt](#) ↑

- Dt.-Wirtschafts-Nachrichten: **Start in Frankfurt: Bank of China bläst zum Angriff auf den Dollar**

Der chinesische [Yuan \(Renminbi\) soll dem Dollar als Weltwährung Konkurrenz machen](#). Die 'Bank of China' eröffnete am 26.08.2014 in Frankfurt/M. die erste Drehscheibe für die Landeswährung. Weitere in London und Luxemburg werden folgen. Die Amerikaner sehen mit Missfallen, dass ausgerechnet Deutschland den Chinesen Starthilfe leistet.

Hier sei an [das neue 'Seidenstraße-Projekt'](#) erinnert, das im März 2013 zwischen Moskau und Peking besiegelt wurde. China möchte diese Handelsschiene bis nach Duisburg verlängern, das den größten Binnenhafen der Welt besitzt und Dreh- und Angelpunkt für das Transport- und Logistik-Geschäft in Europa ist.

*Der Artikel der Dt.-Wirtschafts-Nachrichten ist leider nicht mehr kostenfrei. (Red.)*

[Inhalt](#) ↑

- Axel Hartmann: **Klage gegen EZB-Bankenaufsicht: "Bundestag im Tiefschlaf"**

Professor M.C. Kerber hat zusammen mit weiteren Professoren Verfassungsbeschwerde gegen die EZB-Bankenaufsicht eingereicht. Prof. Kerber ist der Auffassung, die Bankenaufsicht bei der EZB sei nicht durch die europäischen Verträge gedeckt, weil damit die EZB ihre Befugnisse überschreite. Die Verlagerung der gesamten Aufsicht auf die EZB sei ein Verstoß gegen Art. 127 VI AEUV, weil [nur die Übertragung besonderer Aufgaben im Zusammenhang mit der Bankenaufsicht](#) erlaubt sind. Ferner habe sich die EZB faktisch ein neues Organ - das Aufsichtsratsgremium - zugelegt, obwohl die Verträge nur zwei Organe (Direktorium und Rat) vorsehen.

[Inhalt](#) ↑

- Harald Schumann: **Die Geretteten**

Für die Sanierung der Pleitebank 'Hypo Real Estate' flossen 2008 fast 90 Mrd. Euro aus Steuergeldern. Aber die Regierung hält die Namen der Kreditgeber bis heute geheim, die auf Staatskosten freigekauft wurden. Die Bürger müssen zahlen, aber für wen, das sollen sie nicht wissen.

Der Tagesspiegel dokumentiert die [Liste der Geretteten](#) – die bisher keinen Cent zur Rettung beitragen müssen. Darunter sind in erster Linie ausländische Großbanken und Fondsverwalter, die mehr als 40 Mrd. Euro im Feuer hatten. Private Banken standen mit ca. 13 Mrd. Euro zu Buche, deutsche Versicherungen und Pensionskassen mit ca. 10,5 Mrd. Euro, deutsche öffentliche Stellen mit ca. 8,2 Mrd. Euro, um nur die größten summarischen Posten der Liste zu nennen.

[Inhalt](#) ↑

- Ifo-Institut: **Der Haftungspegel – die Rettungsmaßnahmen für die Euroländer und die deutsche Haftungssumme**

Die Eurozone leidet derzeit unter einer schweren Zahlungsbilanzkrise. Um einzelne Euroländer vor der Insolvenz zu retten, sind verschiedene Rettungsmaßnahmen eingeführt worden, die unter dem Begriff "Euro-Rettungsschirm" zusammengefasst werden. Hinzu kommen Target-Kredite des Eurosystems sowie Kredite in Form von Staatspapierkäufen durch die Notenbanken.

Target-Kredite entstehen, indem die Notenbanken einzelner Länder für andere Länder per Saldo Zahlungen gegenüber Inländern durchführen. Das zusätzlich geschaffene Zentralbankgeld gibt den inländischen Wirtschaftssubjekten die Möglichkeit, Zahlungsbilanzdefizite zu finanzieren, also im Ausland netto gerechnet Güter und Vermögenstitel zu erwerben oder Schulden zu tilgen.

Das Ifo-Institut hat die [Hilfen, die aus den Rettungsmaßnahmen für Euroländer resultieren, in einer Übersicht zusammengeführt](#) und ausführlich kommentiert. Auf 322 Mrd. Euro beläuft sich die deutsche Haftung für bereits ausgezahlte Rettungsmaßnahmen (EFSF, ESM, Target, Anleihekäufe durch Notenbanken). Das Eskalationspotenzial für die deutsche Haftung beträgt laut Ifo 513 Mrd. Euro (Stand am 27.08.2014).

[Inhalt](#) ↑

Anmerkung der Redaktion:

*Der Inhalt der Bürgerbriefe aus den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist von den Bürgerbriefen übernommen worden, die bis Ende 2016 auf der Homepage [www.volksinitiative-esm-austritt.de](http://www.volksinitiative-esm-austritt.de) erschienen sind. Mit dem Übergang auf die neue, eigene Homepage wurde auch auf das seit Februar 2016 verwendete Format mit vorangestelltem Inhaltsverzeichnis umgestellt. Bei der dabei vorgenommenen Überprüfung der Links zu den hier nur zusammengefassten Original-Artikeln wurde festgestellt, dass der eine oder andere Link nicht mehr funktionierte; die nicht mehr zur Verfügung stehenden Links wurden, wenn möglich, durch aktuelle ersetzt oder ersatzlos eliminiert.*

[Inhalt](#) ↑